

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

es war richtig, dass wir uns in der Woche vor der Bundestagswahl im Landtag auch mit Themen befasst haben, die nun bei der Suche nach Mehrheiten im Bundestag eine Rolle spielen. So konnten wir als LINKE unser Steuerkonzept vorstellen, das die Umverteilung von unten nach oben unter den schwarz-roten und schwarz-gelben Koalitionen der letzten acht Jahre umkehrt und mit 180 Milliarden Euro zusätzlichen Einnahmen für den Staat bei 170 Milliarden zusätzlichen Ausgaben insbesondere für Bildung, Soziales und Kultur solide durchgerechnet ist. Das Verschwinden der FDP und damit der politischen Lobby der oberen Zehntausend sollte allen anderen demokratischen Parteien die Freiheit geben, die Festigung des sozialen Zusammenhaltes in der Gesellschaft wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken.

Unsere Vorschläge dafür liegen im Landtag wie im Bundestag auf dem Tisch – als ausgestreckte Hand, mit anderen zu vernünftigen Kompromissen zu kommen. Im Bundestag ist jetzt rechnerisch eine rot-rot-grüne Mehrheit möglich, um große Vermögen angemessen zu besteuern, den gesetzlichen Mindestlohn einzuführen und die Energiewende so zu gestalten, dass sie für den Geldbeutel der kleinen Leute ebenso bekömmlich ist wie für die Umwelt, die nicht noch ein halbes Jahrhundert lang in Braunkohle-Kraftwerken verheizt werden sollte. Wer sich jetzt für eine Partnerschaft mit der CDU und gegen einen sozial-ökologischen Politikwechsel entscheidet, bekommt dafür die Quittung – bei den nächsten Wahlen.

Rico Gebhardt
Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Geteiltes Deutschland: Für die Renteneinheit!

Altersarmut ist längst nicht mehr nur eine Zukunftsgefahr, sondern schon bittere Realität. Dazu tragen auch wiederholte Nullrunden und Rentenkürzungen bei, weshalb sich viele Ruheständler von ihrer Rente immer weniger leisten können. Mit der größten Kürzung der letzten Jahre, verharmlosend als „Rente mit 67“ bezeichnet, droht auch Menschen, deren Renteneintritt noch fern ist, im Alter ein Leben am oder unter dem Existenzminimum – auch, wenn sie lange Jahre durchschnittliche Einkommen erzielt haben. Für DIE LINKE ist es ein Herzensanliegen, die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung auf Dauer zu

„Um nicht einen weiteren Wortbruch zu begehen, haben CDU/CSU in ihrem aktuellen Wahlprogramm gleich ganz auf einen Passus zur Renteneinheit verzichtet.“

Dr. Dietmar Pellmann

sichern und allen Menschen ein würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen. Daher setzte sie das Thema im Septemberplenar auf die Landtagsagenda. Die Aktuelle Debatte trug den Titel **„Versprochen – gebrochen: Staatsregierung sieht der Verabschiedung von der deutschen Renteneinheit tatenlos zu“**. Denn auch 23 Jahre nach der staatlichen Einheit Deutschlands sind die Ost-Renten noch immer nicht an das Westniveau angeglichen worden (siehe Kasten).

Dr. Dietmar Pellmann, Rentenexperte der Fraktion, widerlegte die Scheinargumente, in die sich die Regierungskoalition flüchtete. Der erste Einwand: Wenn ostdeutsche Einkommen zur selben Rente führten wie gleich hohe westdeutsche, seien die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner im Nachteil, weil ostdeutsche Löhne dann nicht mehr höher gewertet würden. „Wir haben immer betont, dass nicht auf die Hochwertung verzichtet werden darf, solange es Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt“, räumte Pellmann mit diesem Irrtum auf und forderte, die Hochwertung jährlich so anzupassen, wie sich die Löhne entwickeln. „Wer diesen Weg ablehnt, bestraft die Ostdeutschen

doppelt – heute mit wesentlich niedrigeren Löhnen und morgen auch noch bei der Rentenhöhe.“

Zudem verwiesen die Koalitionsabgeordneten darauf, dass die ausbezahlten Renten im Osten durchschnittlich bereits höher seien als im Westen. „Das stimmt sogar, wengleich sich die Schere in den letzten Jahren durch den Zugang von Neurentnerinnen und Neurentnern mit niedrigeren Zahlbeträgen wegen unterbrochener Erwerbsbiografien immer weiter geschlossen hat und wir alsbald die Trendumkehr erleben werden“, konterte Pellmann. Allerdings werde dabei verschwiegen, dass insbesondere ostdeutsche Frauen mehr Arbeitsjahre vorweisen können und Beamte im Westen Pensionen, im Osten jedoch eine gesetzliche Rente beziehen. Bei realistischer Betrachtung seien die gesamten Alterseinkünfte im Osten noch immer um mehr als ein Fünftel niedriger als im Westen.

Schließlich brachten CDU und FDP das Totschlagargument vor, dass für die Rentenangleichung das Geld fehle; schließlich bezuschusse der Staat die gesetzliche Rentenversicherung schon heute mit 80 Milliarden Euro jährlich. Pellmann entgegnete, dass die für die Angleichung des Rentenwertes jährlich notwendigen fünf Milliarden Euro aus Steuermitteln finanziert werden müssten. Für die Finanzierung „artfremder Leistungen“, für die die Rentenkasse nicht zuständig ist, aber zahlen muss, seien staatliche Zuschüsse längst Realität, auch wenn sie den Bedarf nur zu etwa zwei Dritteln deckten. In jedem Fall sei es legitim, die Rentenversicherung aus Steuermitteln zu bezuschussen.

„Sie von der Regierungskoalition können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Sie tragen eine erhebliche Mitschuld am Wortbruch der Bundeskanzlerin in Bezug auf die Herstellung der deutschen Renteneinheit!“

Dr. Dietmar Pellmann

Dr. André Hahn wies darauf hin, dass CDU/CSU und FDP im Jahr 2009 vereinbart hatten, bis zum Ende der Legislaturperiode die Renteneinheit herzustellen. Die-



© HaDeVau - Fotolia.com

„Die Staatsregierung hat den Wortbruch der Bundesregierung ohne jeden Widerstand in Kauf genommen. Dabei gab es ausreichend Gelegenheit, über Bundesratsinitiativen aktiv zu werden.“

Dr. André Hahn

ses Versprechen sei „eiskalt gebrochen worden“, auch die sächsische Staatsregierung habe „nichts unternommen“. Alle Anträge der LINKEN, die zum Erreichen dieses Ziels beigetragen hätten, hat die Koalition bislang abgelehnt. DIE LINKE wird dennoch nicht locker lassen und Druck auf all jene aufbauen, die sich zynisch eine „biologische Lösung“ des Problems erhoffen – damit nicht nur die Altersarmut der Zukunft, sondern auch die der Gegenwart bekämpft wird.

Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West: FAKTEN

- Im Wahljahr 2013 hob die Bundesregierung die Ost-Renten um 3,29 %, die West-Renten um 0,25 % an. Damit bevorzugte sie die ostdeutschen Ruheständler allerdings nur scheinbar: Gravierende Unterschiede bestehen fort.
- Ostdeutsche, die 45 Jahre lang ein durchschnittliches Arbeitseinkommen erzielt haben, bekommen 108 Euro weniger Rente als vergleichbare westdeutsche Ruheständler.
- Seit 2000 hat eine durchschnittliche Westrente knapp 19 % an Kaufkraft verloren, eine Ostrente hingegen 23,4 % – ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner sind von Preissteigerungen besonders betroffen.

Für eine demokratische Kontrolle der Polizei

Mit dem „Gesetz zur Gewährleistung einer effektiven Untersuchung von Beschwerden gegen polizeiliche Maßnahmen im Freistaat Sachsen“ (LT-Drucksache 5/10200) will DIE LINKE erreichen, dass Fehlverhalten von Polizeibeamten künftig effektiver aufgeklärt werden kann. Im Interview erläutert die **Abgeordnete Freya-Maria Klinger** die Hintergründe.

Was ist die wichtigste Forderung dieses Gesetzentwurfs?

Es soll eine wirklich unabhängige Kontrolle von polizeilichem Fehlverhalten geben. Wenn ich derzeit eine Beschwerde vorbringen will, muss ich das in der Dienststelle tun, wo der entsprechende Beamte beschäftigt ist. Polizei, die gegen Polizei ermittelt, ist suspekt. Deshalb wollen wir eine Ombudsstelle einführen, die ähnlich dem Datenschutzbeauftragten dem Parlament Bericht erstattet und eigene Untersuchungsmöglichkeiten hat.



Hätte eine solche Ombudsstelle in Sachsen viel zu tun?

Das ist eine gute Frage. In Sachsen-Anhalt gibt es eine nicht unabhängige Beschwerdestelle beim Innenministerium. Selbst die will das Beschwerdeaufkommen erhöhen, um Polizeiarbeit transparenter zu machen und das Vertrauen in die Polizei zu stärken. Auch sie ist nicht überrannt worden.

Also arbeitet die Mehrheit der Polizeibeamten regelkonform?

Davon gehe ich aus. Diese Ombudsstelle soll allerdings auch dazu beitragen, die Polizeikultur im Freistaat insgesamt zu verändern. In der Anhörung zum Gesetzentwurf haben Polizeiausbilder davon gesprochen, dass eine „Fehlerkultur“ gebraucht wird, damit Fehler nicht verdrängt werden, sondern aus ihnen gelernt werden kann.

Böse Zungen behaupten, derartige Beauftragte seien „zahnlose Tiger“, deren Kritik schnell folgenlos in der Schublade verschwinde.

Das kommt auf die Fälle an. Ich könnte mir vorstellen, dass es zu einer Mediation, zu einer Entschuldigung seitens des Polizisten kommen kann. Durch das neue Instrument der Beanstandungsklage kann die Ombudsstelle anstelle eines Betroffenen Menschenrechtsverletzungen feststellen lassen, wenn dieser das nicht selbst tun kann oder will. Insgesamt wird durch die Anbindung an das Parlament die demokratische Kontrolle der Polizei gestärkt.

Wer sich beschweren will, muss wissen, über wen.

Dafür müsste eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte eingeführt

werden. Leider sperren sich Polizei, Polizeigewerkschaften und die Regierungskoalition dagegen.

Der Entwurf wurde abgelehnt. Waren die Argumente der Koalitionsfraktionen überzeugend?

Die Koalition verwies darauf, dass es entsprechende Dienst- und Fachaufsichten gebe, die bisherigen Regelungen also ausreichend seien. Seit 2009 werden Beschwerden über und Anzeigen gegen die Polizei statistisch ausgewertet, die Fallzahlen sind gering. Wir gehen aber von einer hohen Dunkelziffer aus, weil manche Menschen vor einer Anzeige gegen die Polizei zurückschrecken, aus Angst oder weil ihnen dafür das Geld fehlt.

NSA-Affäre: Koalition des Nichtstuns

Inzwischen ist bewiesen, was kaum jemanden mehr wirklich überrascht: Amerikanische Geheimdienste sind, auch mit deutscher Amtshilfe, mittels entsprechender Spähprogramme zu einer umfassenden Überwachung der deutschen Telekommunikation imstande. Auch die Staatsregierung steht in der Verantwortung, für Datensicherheit zu sorgen. Der sächsische Datenschutzbeauftragte hat umfangreiche Forderungen aufgestellt, um diesem Ziel zu genügen; DIE LINKE brachte sie per Antrag (LT-Drucksache 5/12325) ins Plenum ein. Zu den einzelnen Punkten gehören „eine eingehende Untersuchung, inwieweit sächsische Bürger, Behörden und Unternehmen und deren Kommunikation und gespeicherte Daten vor rechtsstaatswidrigen Zugriffen geschützt sind“, außer-

dem „die Erprobung und der Einsatz von technischen Maßnahmen zur Datensicherheit“ und „eine deutliche Schwerpunktsetzung auf Informationssicherheit und Datenschutz bei den Behörden“ ebenso wie der „Ausbau der Spionageabwehr in Sachsen“.

Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, fasste das Anliegen zusammen: „Alle acht Forderungen des Datenschutzbeauftragten sind im Antrag fein säuberlich aufgelistet und um unser eigenes Beschlussverlangen ergänzt, das die Sächsische Staatsregierung im Bund und gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck auf die Schaffung europaweit einheitlicher Datenschutzstandards hinwirken möge, die insbesondere auch für staatliche und private Stellen aus

Drittstaaten gelten“. Die Staatsregierung solle „für verbindliche Regelungen sorgen [...], um die derzeit offensichtlich praktizierten umfassenden und anlasslosen Überwachungsmaßnahmen von Menschen und deren Daten durch europäische wie außereuropäische Staaten auszuschließen“. Die Koalition jedoch hat offenbar kein Problem damit, dass die sächsische Bevölkerung und die Regierung selbst



von Dritten ausgespäht werden können. Sie wies den Antrag der LINKEN und damit auch die Vorschläge des Datenschutzbeauftragten ab.

„Wir haben offenbar einen Nerv getroffen“

DIE LINKE hat ihre steuerpolitischen Vorstellungen per Antrag (LT-Drucksache 12612) in den Landtag eingebracht. **Sebastian Scheel, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion**, lässt die Debatte im Interview Revue passieren.

Welches Ziel verfolgt DIE LINKE mit ihrem Steuerkonzept?

Unser generelles Ziel ist soziale Gerechtigkeit, also auch die Einkommensgerechtigkeit wieder herzustellen. Seit 15 bis 20 Jahren wird umverteilt, und zwar weg von den Beschäftigten und hin zu reichen, vermögenden Unternehmen. Dieses Verhältnis muss wieder umgedreht werden.

Die allermeisten Vorschläge betreffen Steuererhöhungen. Sind auch Steuerersenkungen vorgesehen?

Unser Steuerkonzept ist das einzige, das wirklich relevante Entlastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorsieht. Alle, die weniger als 69.000 Euro verdienen – das sind 90 % aller Einkommenssteuerzahler –, werden von unserem Konzept massiv entlastet. Wer mehr verdient, wird belastet.

Sie fordern eine einmalige Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs von 1952. Wäre eine solche mit dem Grundgesetz vereinbar?

1952 war es ja auch vereinbar.

Lastenausgleich heißt, dass eine gesellschaftliche, historische Aufgabe besteht. Wir stecken in einer der größten Krisen, die Europa und Deutschland jemals gesehen haben, Milliarden werden in die Hand genommen, um den Euro zu retten. Das ist eine solche historische Aufgabe, und die muss von denen getragen werden, die es sich leisten können.

Sie treten dafür ein, Kapitalerträge pro Kopf zu besteuern. Müssen die Sächsischen und Sachsen um ihre Spargbuchzinsen fürchten?

Klar ist: Es geht auch dabei wieder um Gerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass derjenige, der arbeitet, sein Geld mit der Einkommenssteuer voll versteuern muss, und ein anderer, der von Zinsen und Dividenden lebt, nur 25 % abgibt. Unser Vorschlag ist es, beide Einkommensarten mit der Einkommenssteuer zu verrechnen. Der kleine Sparer muss keine Angst haben, denn auch dabei wird es weiterhin Freibeträge geben.

Die im Antrag erhobenen Forderungen betreffen die Bundesgesetzgebung. Warum dennoch eine landespolitische Initiative?

Wir haben einen föderalen Staat, das heißt, die Länder können sich in diese Debatten einbringen. Sie partizipieren ja auch von den entsprechenden Einnahmen. Es ist eine hoch politische Debatte, die hat im



Landtag genauso Platz wie im Deutschen Bundestag.

Wie haben die Regierungsfaktionen auf die Vorschläge der LINKEN reagiert?

Ich habe mich über die Debatte gefreut. Wir haben offenbar einen Nerv getroffen. Sie haben sich gewehrt, nach besten Kräften, und haben das getan, was sie immer tun: Sie haben behauptet, dass unsere Vorschläge der Wirtschaft schaden würden. Allerdings favorisieren wir ein Steuerkonzept, das weitestgehend mit dem identisch ist, das unter Helmut Kohl gegolten hat. Damals war Deutschland wirtschaftlich auch stark. Deshalb habe ich keine Angst, dass unser Steuerkonzept die Wirtschaft in den Ruin treiben könnte.

Steuervorschläge der LINKEN (Auszug)

- Millionärssteuer von 5 % auf Vermögen über 1 Mio. €
- Größere Besteuerung hoher Erbschaften; selbstgenutztes Wohneigentum und kleine Immobilien ausgenommen
- Vermögensabgabe nach Art. 106 des Grundgesetzes, damit privates zu öffentlichem Vermögen umverteilt wird
- Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommenssteuer auf 9.300 € zur Entlastung niedriger Einkommen
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf Kohl-Niveau (53 %) für Jahreseinkommen ab 69.000 €
- Rücknahme der „Mövenpick-Steuer“ und Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, arbeitsintensive Handwerksleistungen, apothekenpflichtige Arzneien und den Schienenpersonenverkehr
- Erhebung einer Finanztransaktionssteuer auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapier-, Derivate- und Devisenumsätze mit dem Ziel einer EU-weiten Umsetzung.

Solidarische Bürgerversicherung: CDU und FDP mauern erneut

Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag werden die Rufe nach mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen demnächst wohl etwas leiser ausfallen. Während Marktradikale davon ausgehen, dass Konkurrenz um Kosten und Leistungen das Geschäft belebe und so eine bessere Gesundheitsversorgung bedinge, bezweifelt nicht nur die LINKE, dass Gesundheit ökonomischen Zwängen untergeordnet werden darf. Deshalb debattierte der Landtag einen Antrag (LT-Drucksache 5/4320), der darauf abzielt, dass alle Bürgerinnen und Bürger Mitglied derselben Kranken- und Pflegeversicherung werden und alle Einkommensempfänger einzahlen müssen. Zuzahlungen wären abgeschafft, die Beiträge könnten sinken. Die privaten Versicherungsanbieter würden nur Zusatzleistungen finanzieren.

Kerstin Lauterbach, Sprecherin für Gesundheitspolitik, betonte in der Debatte, dass „eine Bürgerversicherung, die alle Teile der Bevölkerung in einem einheitlichen Sozialversicherungssystem gegen die wesentlichen existentiellen sozialen Risiken versichert, in fast allen europäischen Staaten Standard ist“. Der Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten sei „massiv verzerrt“, was zu Ungleichbehandlungen führe. Obwohl die gesetzliche Krankenversicherung derzeit auskömmlich finanziert sei, könne nur die BürgerInnenversicherung deren Einnahmesituation langfristig sichern. Einwänden der Koalitionsfraktionen, die LINKE strebe eine staatliche Einheitskasse an, begegnete **Dr. Dietmar Pellmann, der sozialpolitische Sprecher der LINKEN**:

„Wir sind eben nicht für ein staatliches Gesundheitswesen. Wir sind auch nicht für eine staatliche Bürgerversicherung. Die Bürgerversicherung funktioniert auf der Basis der Selbstverwaltung ihrer Mitglieder“. DIE LINKE wolle „sehr wohl einen Wettbewerb zwischen der Kunst der Ärzte“, aber nicht, „dass Krankenkassen sich gegenseitig wegkonkurrieren“. Die BürgerInnenversicherung erbringe gleiche Leistungen für alle, unabhängig von der individuellen Beitragshöhe.

Leider entschied sich die Mehrheit des Landtages gegen dieses sozial gerechte Modell der Gesundheitsfinanzierung. DIE LINKE wird weiter dafür sorgen, dass die Rufe nach mehr Solidarität im Gesundheitswesen nicht verstummen.



Plenarspiegel September 2013

Am 18. und 19. September 2013 fanden die 82. und 83. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte:

„Versprochen – gebrochen: Staatsregierung sieht der Verabschiedung von der deutschen **Renteneinheit** tatenlos zu!“

Gesetzentwürfe:

- „Gesetz zur Regelung der Beteiligungs- und **Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen** in Sachsen (SächsJugBetMitbestG)“, 2. Lesung (Drs 5/7652)
- „Gesetz zur Gewährleistung einer effektiven Untersuchung von **Beschwerden gegen polizeiliche Maßnahmen** im Freistaat Sachsen“, 2. Lesung (Drs 5/10200)

Große Anfrage:

- „**Freiwilligendienste** in Sachsen“ und die Antwort der Staatsregierung (Drs 5/12204)

Anträge:

- „**Steuergerechtigkeit** herstellen: Kleinere und mittlere Einkommen spürbar entlasten“ (Drs 5/12612)
- „Grundrecht auf **informationelle Selbstbestimmung** gegen Verletzung durch in- und ausländische Stellen wirksam schützen – Forderungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten zu Konsequenzen aus dem ‘Tempora’- und ‘Prism’-Überwachungskandal unverzüglich umsetzen!“ (Drs 5/12325)
- „Einführung einer **solidarischen Bürgerversicherung**“ (Drs 5/4320)

In den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse (*Sammeldrucksache 5/12680*) waren folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE enthalten:

- „Schulsozialarbeit flächendeckend und bedarfsgerecht ausbauen“ (Drs 5/5468)
 - „Ressourcenverwertung und -wiedernutzung sichern - Urban Mining als notwendiger Beitrag zur regionalen Nachhaltigkeit“ (Drs 5/9618)
 - „Wasserentnahmeentgelt und Abwasserabgabe zeitgemäß fortentwickeln, EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) umsetzen“ (Drs 5/10553)
 - „Bedarfsgerechte Ausgestaltung der ‚Förderrichtlinie zur Verbesserung der Bildungschancen für Kinder durch pädagogische Unterstützung in Kindertageseinrichtungen (RL Bildungschancen)“ (Drs 5/11930)
 - „Zukunft des Hochschulstandortes Reichenbach/Vogtland auf demokratische Weise gestalten“ (Drs 5/11931)
- Den Empfehlungen folgend lehnte die Mehrheit im Plenum diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Freiwilligendienste: DIE LINKE fragt nach

Für viele junge Menschen sind Freiwilligendienste – bekannt als Freies Soziales bzw. Ökologisches Jahr (FSJ, FÖJ) oder als Bundesfreiwilligendienst – eine gute Gelegenheit, sich beruflich zu orientieren. „Ein Engagement im Jugendalter ermöglicht Lernerfahrungen und setzt Bildungsprozesse in Gang, die bestenfalls zu späterem Engagement im Erwachsenenalter führen“, unterstrich die **kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annkatrin Klepsch**, im Plenum die Bedeutung dieser Angebote und dankte allen, die an ihnen beteiligt sind.

Im Zuge der Sozialkürzungen 2010 hat die schwarz-gelbe Koalition die durch das Land geförderten FSJ-Stellen allerdings von 1.100 auf weniger als 700 verringert, obwohl die Nachfrage bei Jugendlichen und Wohlfahrtsverbänden deutlich höher ist. Deshalb und weil sich nach der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes und der Aussetzung des Zivildienstes auch die sächsischen Freiwilligendienste verändert haben, hat die LINKE



mittels einer Großen Anfrage (*LT-Drucksache 5/12204*) deren Entwicklung zu beleuchten versucht. Die Antworten des Sozialministeriums sind dürrtig. Dennoch lassen sich die Probleme identifizieren. Im FSJ Pädagogik etwa, das die aufgrund des Lehrermangels zunehmend unter Druck stehende Koalition im vergangenen Herbst spontan ins Leben rief, sind lediglich 40 Stellen vorgesehen – viel zu wenige, wie Annkatrin Klepsch kritisierte: „Der Ansturm von mehr als 400 sächsischen Schulen auf eine der Stellen ist weniger eine

Erfolgsmeldung als vielmehr ein Seismograph für die schwierige Personalsituation an den Schulen“. Auch beim FÖJ brennt die Luft: Nachdem seit 2010 nicht mehr das Umwelt-, sondern das Sozialministerium dafür verantwortlich ist, wurde die Landesförderung ab diesem Jahr komplett gestrichen.

DIE LINKE wird weiter darauf drängen, dass die Staatsregierung gemeinsam mit den Trägern und Wohlfahrtsverbänden eine Strategie für die Freiwilligendienste in Sachsen entwickelt.

Koalition erneut gegen mehr Beteiligung junger Menschen

Demokratie will früh gelernt sein, damit sie lebendig bleibt. Sachsen ist allerdings eines von wenigen Bundesländern, die die UN-Kinderrechtskonvention bisher nicht umgesetzt und daher die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch nicht in den Landesgesetzen verankert haben – und das, obwohl CDU und FDP laut Koalitionsvertrag „junge Menschen [...] für eine aktive gesellschaftliche Mitgestaltung gewinnen“ wollen. Seit langem drängt die LINKE darauf, Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene mehr Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte einzuräumen. Per Gesetzentwurf (*LT-Drucksache 5/7652*) sollten im September die Sächsische Verfassung sowie die Gemeinde- und Landkreisordnung entsprechend geändert werden. Unter anderem sollte das aktive Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen sowie für die Volksgesetzgebung nach dem Vorbild anderer Bundesländer auf 16 Jahre abgesenkt werden. In der Landesverfassung sollte festgehalten werden, dass „Kinder und Jugend-

liche [...] unter Berücksichtigung ihres Entwicklungsstandes an allen sie oder ihre Belange betreffenden Entscheidungen und Maßnahmen frühzeitig zu beteiligen [sind]“. Kommunen sollten Kinder- und Jugendvertretungen einrichten.

Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, forderte die Koalition im Plenum auf, Farbe zu bekennen: „Sie wollen schlicht und ergreifend nicht, dass junge Menschen unter 18 Jahren die Chance haben, in dieser repräsentativen Demokratie in aktiver Funktion tätig zu sein. Dann sagen Sie unumwunden und klipp und klar: Wir halten euch, aus unserem konservativen Weltbild heraus, für nicht reif, mit 16 Jahren derartiges zu tun“. Das sei auch vor dem Hintergrund, dass die Strafmündigkeit schon ab dem 14. Lebensjahr einsetzt, nicht zu begründen. Dem pflichtete **Annekatrin Klepsch, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik**, bei, und wies auf einen weiteren Widerspruch hin: „Wer jetzt glaubt, minderjährige Jugendliche würden noch nicht über

die Reife verfügen, um eine Wahlentscheidung zu treffen, den frage ich: Wer überprüft die Reife oder politische Bildung bei Erwachsenen?“ Die Koalitionsfraktionen lehnten den Gesetzentwurf ab und bewiesen damit, dass sie ihrem Anspruch, die politische Beteiligung junger Sächsischen und Sachsen auszubauen, nicht genügen wollen.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag